

Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA Niedersachsen

Für Frieden – gegen Küstenautobahn A 20

Eine Unterstützung für den »Friedensratschlag Lüneburger Heide« und eine Erklärung gegen den Ausbau der Küstenautobahn A 20 sowie der Beitritt zum entsprechenden Schutz- und Klagefonds – das sind zwei von sieben Beschlüssen, die die rund 30 Delegierten aus 13 Kreisvereinigungen der VVN-BdA Niedersachsen bei ihrer Landesdelegiertenkonferenz (LDK) Mitte Oktober in Hustedt auf den Weg gebracht haben.

Das Thema Rüstung, speziell in Niedersachsen, bildete einen Schwerpunkt des zweitägigen Treffens. Lühr Henken vom Bundesausschuss Friedensratschlag referierte zu dem Thema. Danach tauschten sich die VVN-BdA-Mitglieder in Arbeitsgruppen zu den Themen Kommunalwahl, Wehrpflicht, Rüstungsstandort und Strukturreform aus.

Ständige Arbeitsgruppen

Zur Bearbeitung der VVN-BdA-Strukturreform in Niedersachsen wurde eine Arbeitsgruppe beschlossen. Ihr Leiter Thomas Bartsch hat unter anderem das Ziel, dass die Zuständigkeiten in der Landesstruktur transparenter werden sollen. Eine weitere Arbeitsgruppe unter der Leitung von Birgit Meier behandelt den »Rüstungsstandort Niedersachsen« und will einen Militäratlas erstellen.

Die Themen Bundeswehr, Aufrüstung und Wehrpflicht sollen ebenfalls stärker in einer AG unter Leitung von Hans-Dietrich Springhorn in den Fokus gerückt werden. Und schließlich steht im September die Kommunalwahl in Niedersachsen an. Inge Scharna wird eine entsprechende AG koordinieren, die unter anderem eine kommunalpolitische Konferenz vorbereiten soll.

Kinder des Widerstandes

Druckfrisch zur Konferenz erschien das Buch »Kinder des Widerstandes« (aus dem heutigen Niedersachsen), das dank der Förderung durch die Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten erscheinen konnte. Die Delegierten nahmen viele Exemplare mit in ihre Kreisorganisationen, um sie dort an Interessierte weiterzugeben.

Besuch in Ahlem

Auf Einladung der Peiner VVN-Bund der Antifaschisten besuchten kürzlich 16 Interessierte die Gedenkstätte Ahlem in Hannover. Diese Gedenkstätte war einst eine jüdische Gartenbauschule, gegründet von Moritz Simon, in der ab 1893 jüdische Jugendliche im Gartenbau und weiteren praktischen Berufen ausgebildet wurden. Später wurde diese von den Nationalsozialisten als Sammelstelle für Deportationen, Gefängnis und Hinrichtungsstätte missbraucht.

Nach der Machtübertragung an die Nazis 1933 engagierte sich die Schule sofort bei der Vorbereitung junger Juden für die Auswanderung, vor allem nach Palästina. Das brachte einen Schutzraum auf Zeit. Aber: Von den 2.173 jüdischen Frauen und Männern, die über Ahlem in Ghettos, Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert wurden, haben nur 144 Menschen überlebt. Zynisch war die Aussage von Gauleiter Hartmann Lauterbach: »Es liegt meines Erachtens gar kein Grund vor, einen Juden freundlich zu behandeln. Jede Rücksicht ist fehl am Platz.« Die Gartenbauschule hat eine zweifache Verbindung zu Peine.

Zum einen wurden zum Beispiel die aus Peine stammenden Berta Herzog, Käte Herzfeld, Max Herzfeld und Rosa Marburger nach Ahlem gebracht und später ermordet. In Peine wurden Stolpersteine für sie verlegt. Zum anderen wurden nahe dem Peiner Klinikum 1913 Wohn-, Schul- und Betriebsgebäude für ein »Seminar für Gartenbau, Landwirtschaft und Handfertigkeit« gebaut, das aus dem Kapitalvermögen der Stiftung von Bankier Moritz Simon stammte, der 1905 verstorben war. Der Rundgang über die Gedenkstätte macht in erschreckender Weise deutlich, wie erbarmungslos die Nazis ihre Gegner drangsalierten und ermordeten. **Peter Baumeister**



Die Delegierten der LDK. Foto: Inge Scharna

Am Abend des ersten Konferenztages begeisterte Achim Bigus die Delegierten mit Liedern zum Nachdenken, Zuhören und Mitsingen. Bei den Wahlen am

nächsten Tag wurden die bisherigen Sprecher:innen Thomas Bartsch, Jörg Lorenz, Michael Rose-Gille und Inge Scharna einstimmig gewählt.

jtf

Parolen und Populismus

Am 16. Januar findet zwischen 10 und 16.30 Uhr der Workshop »Parolen und Populismus? – Haltung zeigen!« im Stadtteilzentrum Listerturm, Walderseestraße 100, 30177 Hannover statt. Der Workshop will dazu ermutigen, für Vielfalt, Toleranz und eine

demokratische Kultur im Umgang miteinander einzutreten. Für die Veranstaltung der Gedenkstätte Bergen-Belsen kann sich verbindlich bis zum Montag, 12. Januar, angemeldet werden. Weitere Infos unter www.bergen-belsen.de.

jtf

Gedenkveranstaltung in Rühren

Erinnern, Mahnen, Handeln

»...warum hat man so kleine Kinder umkommen lassen?« – Das war eine Frage von Sara Frenkel, der polnischen Krankenschwester mit verdeckter jüdischer Identität, die in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts mit dafür gesorgt hat, dass dieser Massenmord an über 350 Säuglingen und Kleinkindern der Zwangsarbeiterinnen des VW-Werkes nicht in Vergessenheit geriet.

Im Rahmen der Gedenkveranstaltungen der Wolfsburger IG Metall zum 9. November besuchte die VVN-BdA Wolfsburg erneut die Erinnerungstafel am Ortseingang von Rühren, dem authentischen Ort des sogenannten »Ausländerkinderpflegeheims« des Volkswagenwerkes, und brachte dort einen Blumengruß an. Diese Tafel hat die Wolfsburger VVN 2014 gegen langanhaltenden Widerstand mit Unterstützung der IG Metall aufgestellt (siehe www.wolfsburg.vvn-bda.de).

Die Wolfsburger Antifaschist*innen überlegen zur Zeit, wie an diesem Ort die Namen der kleinsten Opfer des Naziterrors sichtbar gemacht werden können, um sie dem Vergessen zu entreißen. »Gerade in der jetzigen Zeit, in der mit wahnsinniger Aufrüstung, Kriegstreiberei und erstarkendem Neofaschismus die Gefahr für Frieden und Demokratie immer bedrohlicher wird, bleiben wir dabei: Erinnern, Mahnen, Handeln«, so die Wolfsburger VVN-Vorsitzende Mecki Hartung.

AH

Petition im Landtag zum AfD-Verbotsantrag

Lebkuchen für Antifas

Ein dunkler Mittwoch-Mittag im November in Hannover. Eine kleine Gruppe Aktivist:innen von »Aufstehen gegen Rassismus« (AgR) steht in eisiger Kälte mit einem Transparent und zwei Fahnen vor einem Gebäude des Landtags Niedersachsen. Darin findet an diesem Tag eine Anhörung zur Petition der Antifaschist:innen statt. Ihr Ziel: Das AfD-Verbotsverfahren einzuleiten.

»Es hat nur wenige Tage gedauert, bis wir die Mindestzahl von 5.000 Unterschriften für die Petition und schließlich sogar doppelt so viele Unterzeichner:innen wie erforderlich« hatten, freut sich Thomas von AgR. Zusammen mit zwei weiteren Aktivist:innen sowie unterstützt von einem juristischen Experten stellte er den Parlamentarier:innen das Anliegen vor.

Völkisches Weltbild

Die Redner:innen verwiesen auf zahlreiche Institutionen, die die AfD als Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung einstufen, darunter Landes- und Bundesverfassungsschutzbehörden, das Deutsche Institut für Menschenrechte, 17 Verfassungsrechtler:innen und Verfassungsrechtler sowie die Konrad-Adenauer-Stiftung. Letztere hebt im Grundsatzprogramm der AfD ein ethnisch-biologisch-völkisches Weltbild, die Relativierung zentraler Grundrechte sowie eine grundlegende Infragestellung von Demokratie und Rechtsstaat hervor. Zur Veranschaulichung wird ein Zitat des Thüringer AfD-Politikers Björn Höcke angeführt, in dem vor »Afrikanisierung, Orientalisierung und Islamisierung« gewarnt und eine radikale »Wendezeit« beschworen wird.

Wehrhafte Demokratie

Ausführlich erläutert wurde seitens der Petent:innen der verfassungsrechtliche Rahmen von Parteiverboten. Parteien genießen weitreichende Privilegien, sind im Gegenzug aber an die Grundprinzipien der Verfassung gebunden. Artikel 21 des Grundgesetzes definiert Deutschland als »wehrhafte Demokratie«: Parteien, die darauf aus sind, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen, können vom Bundesverfassungsgericht verboten werden. Maßgeblich sind der Schutz der Menschenwürde, das Demokratieprinzip und die Rechtsstaatlichkeit; bereits die Verletzung eines dieser Kernprinzipien

genügt, wie das Gericht im NPD-Urteil 2017 (2 BvB 1/13) betonte. Bei der AfD, so AgR, seien sowohl ein planvolles, aktives Handeln als auch die politische »Potentialität« erkennbar, verfassungsfeindliche Ziele bei einer Regierungsübernahme umzusetzen.

Einwände zurückgewiesen

Einwände gegen ein Verbotsverfahren – etwa fehlende Beweise oder die Befürchtung, die AfD werde dadurch gestärkt – wurden zurückgewiesen. Der Vorwurf der »Undemokratie« wurde mit dem Hinweis gekontert, dass das Parteiverbot gerade aus den Erfahrungen der Weimarer Republik und der NS-Diktatur als Schutzmechanismus geschaffen wurde. Anschaulich erklärten die Antifas dies mit einem Bild: In einem Raum politischer Positionen bewegen sich alle demokratischen Parteien innerhalb des Rahmens der Verfassung; eine Partei, die diesen Rahmen verlässt, ist verfassungswidrig und verliert damit die Legitimation zur Teilnahme an der politischen Auseinandersetzung.

Prüfung gefordert

Am Ende formulierte das Bündnis klare Forderungen an Landtag und Landesregierung: Niedersachsen solle im Bundesrat eine Initiative zur Prüfung eines AfD-Verbots einbringen und gegenüber der Bundesregierung auf ein entsprechendes Verfahren hinwirken. Angesichts der von vielen Analysen attestierten Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung sei schon die Nichtprüfung eines Parteiverbots unverantwortlich.

Marktbesucher solidarisch

Die Plätze für Zuschauer:innen, Expert:innen, Abgeordnete und Medien waren begrenzt und es gab eine Warteliste für Interessierte an der Anhörung. Am AgR-Infopunkt vor dem Landtagsgebäude hatte zuvor die Presse das Anliegen aufgegriffen und Interviews mit den Aktivist:innen geführt. Rechts und links hatten die Stände des Hannoverschen Weihnachtsmarktes geöffnet. Größere Öffentlichkeitsaktionen waren daher an diesem Tag nicht erlaubt, selbst die Anzahl der Sympathisant:innen war auf ein paar wenige beschränkt. »Einige Marktbesucher:innen kamen trotzdem noch zu uns und brachten überwiegend ihre Unterstützung für unser Anliegen zum Ausdruck«, so ein AgR- und VVN-BdA-Mitglied. Ein Passant brachte den Demonstrierenden sogar Lebkuchenherzen als süße Unterstützung vorbei. Schließlich beteiligte sich noch eine bei der Anhörung anwesende Schüler:innengruppe

Artikel und Fotos bis zum 8. in geraden Monaten immer an mtb-niedersachsen@vvn-bda.de.

VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V., Rolandstr. 16, 30161 Hannover, Tel.: 0511-331136, FAX: 0511-3360221, E-Mail: niedersachsen@vvn-bda.de.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o.ä. Eure neue Adresse mit, Danke!

Wir freuen über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto bei der VR-Bank Altenburger Land eG/Deutsche Skatbank, IBAN: DE79830654080004212886, BIC: GENODEF1SLR

begeistert an der abschließenden La-Ola-Welle als Dank für das Engagement der Petent:innen.

Jetzt ist der Landtag an der Reihe, das Thema in einer ihrer Sitzungen zu besprechen. Fragen können unter hannover.agr@web.de gestellt werden. Weitere Infos sind unter der Internetadresse www.agr-hannover.de erhältlich.

T&U/jtf



Hannover für das AfD-Verbot (v.l.: Gerald, Tina, Inge und Thomas von AgR Hannover)

Kalender für 2026

»Soziale Bewegungen«

»Zwischen Powerfrauen, noAfD, Streik, Ostermarsch und Tag des Kusses« – so lautet die Werbung für den Kalender »Soziale Bewegungen« 2026.

Zum 17. Mal dokumentiert er auf 15 Seiten inklusive kreativem Termin-Kalendarium das Engagement von Initiativen, VVN-BdA und Gewerkschaften für soziale Gerechtigkeit, Butter statt Rheinmetall, Streiks, Cuba Sí, prima Klima und gemeinsamen

Spaß. Das Kalendarium kennt nicht nur Konzerte und Gedenktage wie den Tag des Kusses. Der Kalender weiß genau – Tag und Jahr – wann 5.000 Armutsrentner:innen Nobelrestaurants überfallen, wann Gauland doitsche Bananen pflanzt und wann der letzte Kapitalist in die Südsee abhaut!

cb

Hier findest du den Kalender: www.antifa.sfa.over-blog.com. Kosten: 14 EUR. Bestelladresse: charly_schule@yahoo.de.

